Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 14

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Fonds des Direktors

In Ungarn besteht auch ein sogenannter Direktorfonds, über dessen eine Hälfte jeder Betrieb selbst verfügen kann, wogegen die restlichen 50 Prozent ihm nur dann zustehen, wenn der Jahresplan, bezw. das geplante Rentabilitärsniveau erfüllt ist. Eine weitere Prämienart ist die in der ungarischen Industrie angewandte Gewinnbeteiligung, die allen Betrieben zusteht, welche die für sie berechnete «Grundrentabilität» erreicht oder übertroffen haben, wobei auch die Ergebnisse der zwei vorhergehenden Jahre Berücksichtigung finden. Durchschnittlich werden jedes Jahr ein bis zwei Wochenlöhne pro Arbeiter ausbezahlt.

Wie aus den Erklärungen der verschiedenen Wirtschaftsführer und Fachzeitschriften der Ostblockstaaten hervorgeht, ist es trotz allen Bemühungen noch immer nicht gelungen ein Prämiumsystem auszuarbeiten, in dem Interessen des Arbeitsgebers (d. h. des Staates) und jene der Arbeitnehmer in Einklang stünden. So werden zum Beispiel die Bemühungen staatlicher Organe, die Produktion mit Uebererfüllung der Pläne zu steigern, von seiten der Betriebe dadurch entkräftet, dass sie sogenannte «weiche Pläne» aufstellen, die unter ihren effektiven Kapazitäten liegen, was die Ueberbietung der Jahrespläne erleichtert. Im Maschinenbau, wo die Pläne in Tonnen angegeben werden, sind die Fabriken an der Herstellung von Maschinen mit höherem Gewicht interessiert, und kümmern sich nicht darum, dass darunter die Qualität der Produkte leidet und der Export unmöglich ist. Von den vorgeschriebenen Sortimenten erzeugt man vorwiegend nur die leichteren Typen, so dass an den einen Ueberschuss, an den anderen dagegen Mangel herrscht. Aus demselben Grund verzögert sich auch die Einführung der neuen Technologie, weil die Umstellung zu zeitweiligen Produktionsrückgängen führen könnte, die die Planerfüllung gefährden.

Man könnte noch zahlreiche andere Beispiele dieser Art anführen, als Beweis dafür, dass das Prämiensystem der kommunistischen Wirtschaft die kaufkräftigen Reallöhne des Westens und das Privatinteresse in der Fabrikleitung nicht ersetzen kann. Ferner muss bei dieser Gelegenheit auch darauf hingewiesen werden, dass in den östlichen Betrieben die Prämien nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern vor allem nach politischen Erwägungen verteilt werden. Obwohl für diesen Zweck ein gewisser Teil des Lohnfonds abgezweigt wird, wird dieses Geld den Arbeitnehmern nicht nach ihrer Leistung, sondern zum Teil nach ihrer politischen Einstellung in Form von Prämien zurückerstattet. Ueber die Person des Prämienbezügers entscheiden der Direktor und die Gewerkschaftsorganisation des Betriebes. Der eine ist fast immer Mitglied der kommunistischen Partei, und die Gewerkschaft ist ebenfalls der Partei untergeordnet, da ihre Würdenträger alle Parteimitglieder sind. Auf Parteiebene hängen alle diese Personen von dem allmächtigen Parteisekretär des Betriebes ab, der letzten Endes mit seinem Stab im Hintergrund die Entscheidungen trifft, die dann von den oben genannten Instanzen durchgeführt werden. So wird praktisch ein guter Teil der Prämien für die indirekte Belohnung der Parteiarbeit verwendet, womit die Parteimitglieder, die neue Klasse des Ostens, zusätzliche Einkünfte erhalten. Dieses Vorgehen verursacht natürlich viel böses Blut bei der grossen Menge der Nichtbegünstigten, worüber sogar in der Presse der einzelnen Länder Berichte zu lesen sind.

Dr. E. Schmid

Die Prämie siegt

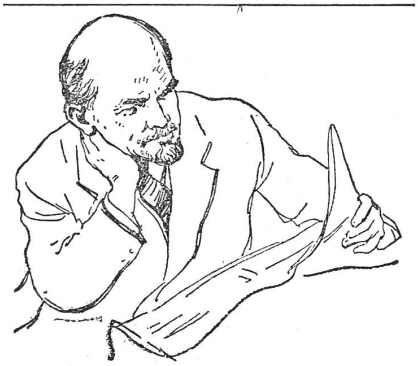
«Aktion!» heisst eine kurze Satire von J. Dolezel, die zu unserm Beitrag über die Prämien in den kommunistischen Staaten passt. Sie erschien in der Prager Wirtschaftszeitschrift «Hospodarske Noviny». Die Handlung spielt offensichtlich in einem Unternehmen, das neuen Auftrieb erhalten sollte.

Direktor: Genossen, wir müssen!
Vizedirektor: Ja, wir sollten.
Technischer Leiter: Wir werden prüfen.
Werkmeister: Wir werden versuchen.
Planer: Ich werde fragen.
Der Parteimann: Mich kümmert das einen Dr...
Planer: Nein, es kann wirklich kaum getan werden.
Werkmeister: Wir haben die Kapazität nicht.
Technischer Leiter: Wir haben es geprüft, und es geht eben einfach nicht.
Vizedirektor: Wir haben alles mögliche getan.
Direktor: Aber, Genossen, wir müssen!
Vizedirektor: Noch einmal untersuchen!
Technischer Leiter: Schauen wir das Zeug noch einmal an.
Werkmeister: Wir werden ihnen eine Prämie geben.
Planer: Warum haben Sie das nicht gleich gesagt?
Und es ward getan.

Lenin endlich verstanden

Lenin hatte der Welt eine Frage gestellt, und die KP Ceylons hat die Antwort darauf gefunden. Was die Frage ist, scheint nicht so eindeutig; sie dürfte vermutlich etwas mit proletarischem Internationalismus und Grossmacht-Chauvinismus zu tun haben. Um so eindeutiger aber ist die Antwort: Man muss die chinesischen Führer entlarven.

Daraus lässt sich auch ersehen, dass die Antwort nicht von der kommunistischen Partei Ceylons schlechthin gegeben wurde, sondern von der prosowjetischen Sektion. Ihrer Wochenzeitschrift, die uns zum erstenmal zugeschickt wurde, ist zu einem beträchtlichen Teil dem Kampf gegen die chinesischen Hegemoniewünsche gewidmet. Die Auslandsberichterstattung umfasst übrigens noch eine Würdigung des letzten PdA-Kongresses in der Schweiz.



Answering the question Lenin posed exposes the anti-Marxist-Leninist activities of the Chinese leaders

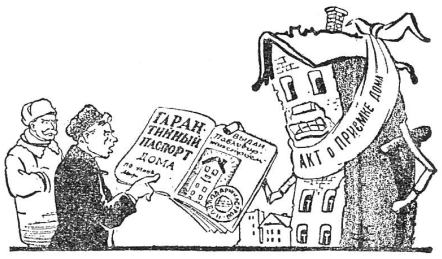
«Die von Lenin gestellte Frage beantworten heisst die antimarxistisch-leninistischen Aktivitäten der chinesischen Führer entlarven», schreibt «Forward», Organ der KP Ceylons.

In Ceylon gibt es drei kommunistische Parteien. Neben der sowjetischen und der prochinesischen noch eine trotzkistische, die wenigstens laut Moskauer Beschuldigungen deutlich auf der Pekinger Linie liegt. Ceylon ist das einzige Land, wo die Trotzkisten eine massgebliche Rolle spielen. Sie sind mit ihrer Partei «Lanka Sama Samaja» auch an der Regierungskoalition beteiligt. Weiter sind die Trotzkisten in letzter Zeit auch in Burma, Singapur und Indien aktiv geworden.

Wohnhäuser für tausend Jahre

«Ich will keine Propaganda für den Kommunismus machen», sprach Chruschtschew auf seiner Norwegen-Reise bei einem Mittagessen in der Stadt Bergen. «Ich tue das nie, weil das nicht nötig ist. Ich bin nicht der Propaganda-Typ.»

Nach dieser erstaunlichen Feststellung (auch wenn wir die Frage der persönlichen Einstellung des Parteichefs offenlassen, bleibt etwa die Abteilung für Agitation und Propaganda eine hochoffizielle kommunistische Einrichtung) und nach dem Mittagessen besuchte Chruschtschew eine Baustelle. Offenherzig, wie er nun einmal ist, erklärte er den Arbeitern dort: «Die Methoden hier sind von gestern.» Und feinfühlig, wie er auch wieder ist, fügte er sogleich hinzu: «Seid nicht beleidigt, ich will euch nicht kritisieren. Aber ihr seid Arbeiter, und ich bin ein Arbeiter, und wir müssen einander die Wahrheit sagen.»
(Chruschtschew spricht mit Arbeitern als Arbeiter, mit den Bauern als Bauer, mit den Bergleuten als Bergmann. Nur, dass er mit den Kapitalisten als Kapitalist spricht, ist eine chinesische Verleumdung.)
Anschliessend ging der Besucher dazu über, zu schildern, wie man in der Sowjetunion Häuser baue: «Sie können tausend Jahre stehen, ohne Reparaturen zu brauchen.»



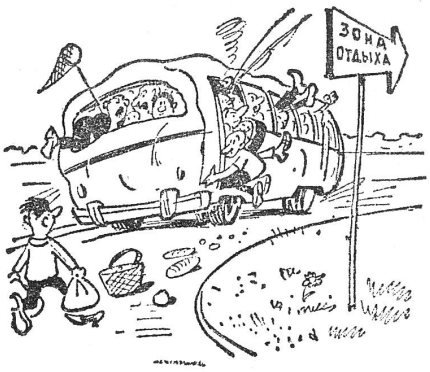
Als Kommentar dazu eine Karikatur aus der sowjetischen Gewerkschaftszeitung «Trud»: Der nur vom Uebernahmeprotokoll zusammengehaltene Neubau gibt den Auftraggebern (Staat oder Wohnbaugenossenschaft) einen Garantieschein über die gute Bauqualität ab.
Ueber die Diskrepanz zwischen Wohnbauvorhaben und Verwirklichung in den meisten kommunistischen Staaten siehe KB, Nr. 2/1964 und das Heft 17 der SOI-Schriftenreihe über «Mieter und Wohnung im Ostblock».

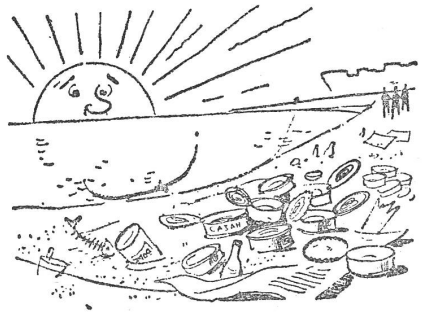
Scheinbar sind hier einige Dinge widersprüchlich. Aber in richtige Beziehung gebracht, erklären sie sich. Da Chruschtschew Propaganda für dauerhafte Wohnhäuser macht, betrachtet er sie offensichtlich nicht als etwas, was dem Kommunismus zu verdanken ist. Zudem scheint unsere sowjetische Illustration zu bestätigen, dass die sowjetischen Wohnhäuser dem Kommunismus keine Propaganda machen. Demnach ist Chruschtschew nichts weiter unterlaufen als ein kleiner sachlicher Irrtum.

Inlandtourismus

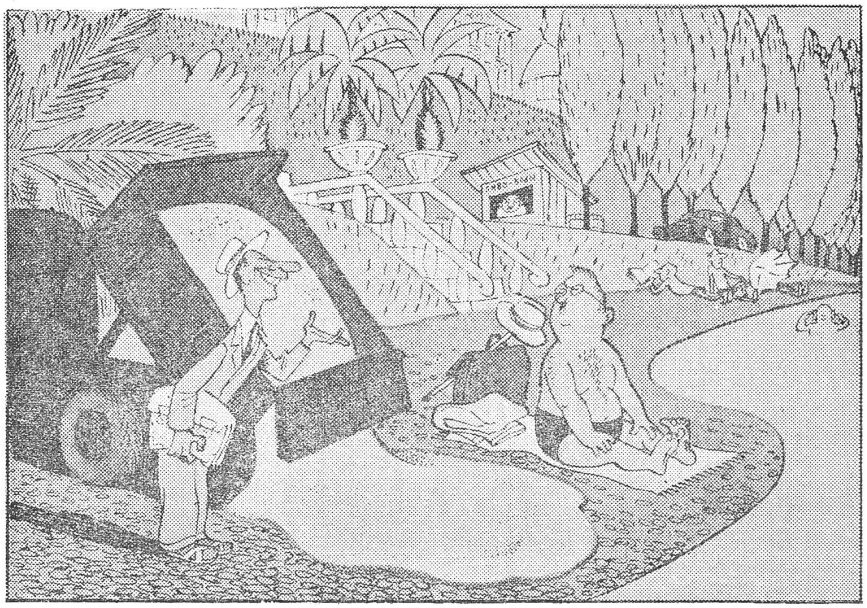
In diesem Jahr ist in den kommunistischen Staaten Europas der Auslandtourismus aktuell. Mehrere Volksdemokratien haben ihre Einreisebestimmungen erleichtert, den Wechselkurs günstiger gestaltet und zuvor verschlossene Gebiete dem Fremdenverkehr geöffnet.
Die einheimische Bevölkerung geht aber mit wenigen Ausnahmen nicht ihrerseits ins Ausland. Selbst für die Kollektivreisen in andere kommunistische Länder gibt es lange nicht soviel Plätze wie Anwärter. Gegen den Westen ist der Eiserne Vorhang für den Bürger eines osteuropäischen Staates (anders als für die ausländischen Besucher) immer noch dicht. So bleibt er im eigenen Land.

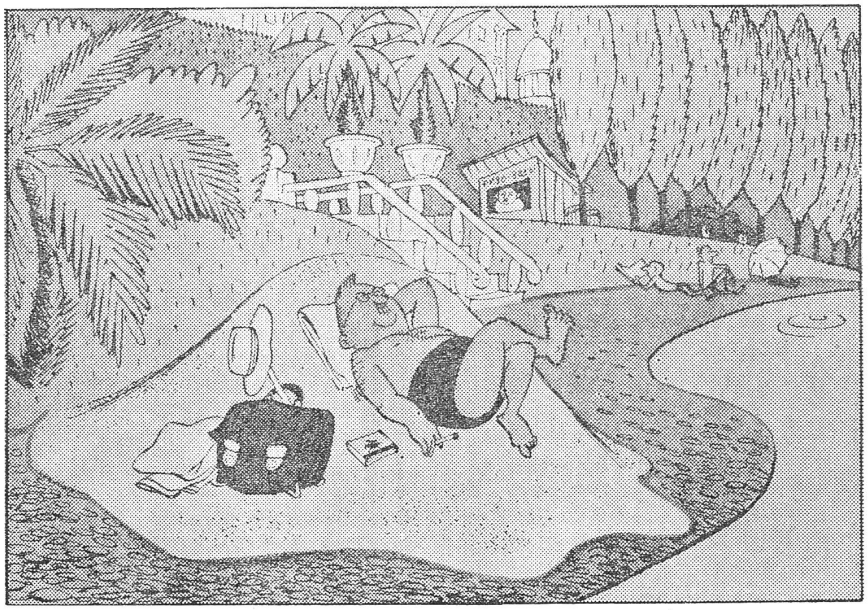
Im Falle der Sowjetrepublik freilich ist das ein riesiges Land. Bei gemeinsamen Ferien, sei es im Rahmen des Betriebes oder einer Gesellschaftsorganisation, ist es auch dem Arbeiter tatsächlich möglich, weit zu kommen. Grossunternehmen und Gewerkschaften besitzen auch in den gesuchtesten Feriengebieten, am Schwarzen Meer, im Kaukasus (Sibirien wird als Erholungsparadies noch mehr propagiert als begehrt) eigene Ferienheime, zuweilen noch Luxushotels aus der Zarenzeit. Den Teilnehmern am Ferienprogramm, die wohl eng reisen und wohnen müssen, wird ein beträchtlicher Teil der Kosten an Fahrt und Aufenthalt vergütet. Die Kinder sind unterdessen in einem Pionierlager je nach Situation der Eltern billig bis gratis untergebracht oder helfen vielleicht auch, wenn sie älter sind, mit ihrer Komsomol-Sektion auf Kolchosen und Bauplätzen.





Ferien für die Masse: Von Grodno nach Pischki (Weissrussland) dem Wegweiser «Kurgebiet» nach (oben). Ein «konservierter Strand» (unten). Beide Zeichnungen aus «Sowjetskaja Bjelorussija», Minsk.





Ferien für die «neue Klasse»: Persönlicher Sand. («Krokodil», Moskau)

Individuelle Ferien mit Ansprüchen gehen über das Budget der Normalfamilie. Man bedenke, dass ein Arbeiter im Monat nur 100 Rubel verdient, was der Kaufkraft von nicht viel mehr als 200 Franken entspricht (wozu allerdings grössere Sozialleistungen als bei uns kommen). Dazu widerspricht die individuelle Feriengestaltung dem Kollektivideal der Partei und ist an sich nicht gern gesehen. Doch hat in den letzten Jahren das Campingwesen grossen Auftrieb erfahren. Dass diese familienfreundliche Bewegung geduldet und jetzt auch gefördert wird, mag mit von der Ueberlegung abhängen, dass der Unterhalt geeigneter Plätze den Staat und seine Organisationen weniger kostet als die durchorganisierte Freizeitgestaltung.

Die individuelle Feriengestaltung der «neuen Klasse» riecht dagegen ein bisschen nach Kapitalismus, wenn man neuern sowjetischen Illustrationen glauben darf.

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 1178, 3001 Bern • Telephon: (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 22.—; DM 20.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 12.—; DM 11.—). Einzelnummer Fr./DM —.80 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.
Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.